

den die Politik der Partei für sozialistisch er-
klären. Eine Schande wäre die Haltung Heilmanns und die
der Reichstagsopposition zum 8. 218. Wörtlich erklärte er:

„Wenn die neun Abgeordneten jetzt bei der Notverordnung
sich nicht ebenso offen gegen den Parteivorstand stellen werden,
dann sind sie in meinen Augen nur noch Wahschlappen.“

Eine Schande sei auch die Beteiligung von Reichsbanner-
mitgliedern und Parteiführern an dem militärischen Vorgehen
gegen die Arbeiter. Er erhielt dafür sehr starken Beifall der Jugend
und eines Teils der älteren Mitglieder. Der SPD-Geselle
Stein verlangte Kampf gegen die Notverordnung bis zum
äußersten. Der SPD-Funktionär Fischer nahm Stellung gegen
die Rede Tarnows, betonte dabei jedoch, daß die Opposition
keine besseren Vorschläge gemacht habe. Das Parteimitglied
Kraus wandte sich ebenfalls gegen die Haltung und die Be-
schlüsse des Parteitag. Besonders bedeutungsvoll war jedoch
die Erklärung des alten Mitglieds Kuba. K. nahm sehr
klar gegen die Parteipolitik und gegen die Haltung der
Partei in der Presse Stellung. Der Parteitag habe seinen Zweck
aus dem wirtschaftlichen Stand gerückt. Er sprach sich offen für
Sowjetrußland aus und erklärte mündlich:

„Wollen wir uns doch ganz ehrlich sein, Rußland ist
der erste Arbeiterstaat und wir sind uns klar darüber,
daß nur durch die Sabotage der kapitalistischen Länder der
Sozialismus dort nicht von heute auf morgen geschaffen werden
kann. Unsere Presse müßte das berücksichtigen, statt der-
artige schmutzige Separatist zu veröffentlichen. Wir
müssen doch selbst begreifen, daß der Kapitalismus auch bei
uns nur gewalttätig beseitigt werden kann.“

Er erhielt dafür starken Beifall, ebenso wie der SPD-
Geselle Kuller. Als dann Kuller vom Reichsbanner sich
demüßigt fühlte, Oskar Edel und den Parteivorstand zu ver-
schmähen, wozu der größte Teil der Versammelten den Saal,
so daß Edel das Schlüsselwort nur noch geschrien halten
konnte. Der Schwerpunkt seiner Rede war die Drohung an die
Jugend:

„Die Jugend solle ja nicht so weit gehen, laßtlinge es
ist ihr so wie der jungsozialistische Gruppe in Dresden, die schon
„heimlich gelarbt“ ist.“

„Die Dresdner Volkszeitung noch schlechter als der Vorwärts!“

Wedel flagt:

„Die SPD-Jugend ist mehr kommunistisch!“

Eine ähnliche Abfuhr wie Edel in diesen beiden Versam-
lungen hat nach dem Bericht eines Mitglieds aus Kuba die
Welt Wedel in der Versammlung vom vergangenen Freitag bei
Waldes erhalten. Sein Versuch, für Tarnows Stimmung zu ma-
chen, fand nur den Beifall eines Gewerkschaftsangehörigen, wäh-
rend das Stos der Mitglieder, besonders aber der Jugend, mit
Gegenrufen antwortete. Wedel selbst erklärte sich vollständig
mit Brüning und dem Parteivorstand. Auch er ließ wie Edel,
den letzten Teil seiner „linken“ Rede fallen, so daß selbst der
Berichterstatter in seinem Bericht an uns mündlich sagt:

„Einige von uns, vor allem ehemalige USP-Mitglieder
waren erschüttert über das unerhörte Auftreten von Wedel
und dieser Mann hat uns einmal recht gemacht, daß er die
Sozialdemokratische Partei für den Klassenkampf zurück-
erobert.“

Auch hier ließ die Jugend Sturm, unterstützt von einer An-
zahl älterer Mitglieder. Besonders heftig wurde die Bericht-
erstattung der Dresdner Volkszeitung über den Parteitag an-
gegriffen, von der die Diskussionsredner erklärten, sie sei noch
schlechter gemessen als die des Vorwärts. Die Einmütigkeit der
Ablehnung der Haltung des Parteivorstandes und des Verfalls des
Parteivorstandes brachte den alten „Jugendberichter“ Wedel ja
in Wut, daß er schimpfte:

„Die Jugend ist ja schon mehr kommunistisch als
sozialdemokratisch!“

Den Jugendrednern wurde darauf unterzogen, sie hätten
sich ihre Reden außerhalb der Versammlung bereits machen
lassen. Daraufhin legten die empörten Jugendgenossen ihre
Musterpläne auf den Vorstandstisch, der nunmehr weder darauf
einging, noch die provozierende Behauptung zurücknahm. Auch
diese Versammlung verließen die ehrlichen Mitglieder mit Em-
pörung und Erbitterung. Der Geselle, der diesen Bericht
übermittelte, wartete bis gestern, in der Hoffnung, die Dresdner
Volkszeitung würde etwas berichten. Nachdem dies nicht geschah,
wurde uns der Bericht in Form von Stichworten von ihm
übergeben.

Jetzt sollen Edel und Wedel, jetzt soll die Dresdner Volks-
zeitung antworten. So denkt die Mitarbeiterschaft über sie und
den Parteitag in Leipzig! Die Kamins der Arbeiterbewegung
gegen die verdrängten Führer ist im Rollen. Unauflöslich
drückt sich jetzt Klarheit über den Charakter der sozialistischen
Führer und ihrer „linken“ Vorkämpfer Bahn. Wir Kommuni-
sten werden alles daran setzen, um weiterhin gemeinsam mit
anderen sozialdemokratischen Klassenkämpfern die Wahrheit über
den Kurs der SPD und den einzigen Ausweg des revolutionä-
ren Klassenkampfes für den Sozialismus zu diskutieren und
dazu die Voraussetzung zu schaffen für die Herstellung einer
Einheitsfront mit allen Klassenbewußten Arbeitern im Inge-
samten um Lohn, Brot und Freiheit für die Arbeiterklasse. Mögen
die sozialdemokratischen Führer mit Beilug und Schied durch
die und dünn gehen, mögen sie gemeinsam mit den Blaufaugen
und Ausbeutern in den Parlamenten und außerhalb der Parla-
mente kommunistische Anträge abmürren und den revolutionä-
ren Arbeitern in den Rücken zu fallen versuchen — die Ent-
wicklung ist nicht mehr aufzuhalten! Sie reißt die besten und
ehrlichen Elemente, die bisher noch im Lager der SPD standen,
in die revolutionäre Kampffront, die unter Führung der Kom-
munistischen Partei die Offensiv gegen die Kapitalisten
eröffnet hat und die gegen mich über die Volkseinde von Hitler
bis Weis.

Wie sie vor dem Kommunismus zittern!

Mit Schreden müssen die Volkseinde erkennen, daß der Kommunismus trotz Terror und Sondergesetze als die
einzige Hoffnung des geknechteten Volkes in stürmischer Bewegung begriffen ist. Deshalb die Hege der letzten Tage.
Auch die Köhlerische Zeitung beschäftigt sich in ihrer Ausgabe vom Freitag, dem 12. Juni, mit der Frage der
Bekämpfung des Kommunismus und fordert vor allen Dingen Verhängung der Strafen. Gleichzeitig aber
bemerkte das Blatt der rheinischen Schwerindustrie:

„Plumpe Mittel sind zu vermeiden, und wenn etwa jetzt der Gedanke auftaucht, die Kommunistische Partei zu
verhaften, so müßte man dringend vor seiner Durchführung warnen, denn die illegale Betätigung würde gewiß
nicht verhindert werden, sondern es reißt neuen Auftrieb erhalten. Seifen kann nur ein Einheitsfront von Fall zu
Fall und die scharfe Beobachtung der Terrorzentrale.“

Das ist wider Willen das Eingeständnis, daß der Kommunismus in Deutschland durch seine Form der Gewalt-
herrschaft, auch durch sein Verbot, mehr ausgetrieben werden kann, weil er in Millionen Herzen und Hirnen unzer-
störbar lebt.

Nazis schießen auf NSD- Demonstration

Die empörten Arbeiter gehen gegen die Mordbanditen vor

Duisburg, den 15. Juni.

In Duisburg bei Duisburg wurde am Solidaritätstag aus
der Wohnung eines Nationalsozialisten auf den Demonstrations-
zug der NSD geschossen. Die empörten Arbeiter versuchten den
Mordbanditen aus seiner Wohnung zu holen. Dieser Mäch-
tete mit einigen Familienmitgliedern vor den empörten Arbeitern
in eine Scheune und gab von dort aus erneut etwa 50 Schüsse
ab. Zwei Arbeiter wurden schwer verletzt. Ungeheuer mußte
darauf die Empörung der Arbeiter, so daß die Scheune im
Stand gelockt wurde.

Vom vergangenen Freitag sprach Hitler im Münchner Zit-
tus Krone. Nach dem Bericht der ihm nahe stehenden Jugend-

berühmten Telegraphen-Union führte er zu der Frage der Aus-
sicht des Jungplans u. a. folgendes aus:

„Eine Revision des Tribunesplanes werde nie aus wirt-
schaftlichen Gründen, sondern nur aus politischen Gesichtspunkten
aus erfolgen. Die Frage (der Tribunesplaner, a. B. Jung-
plan) — d. Red.) heiße nicht:

„Kann ich zahlen? sondern: Was ist mehr wert, eine
Welt oder eine Kraft als Verbündete?“

Hitler lehnt also keine Anbiederungsversuche beim fran-
zösischen Imperialismus fort. Er redet Paris gut an. Deutschland
vor dem Nationalsozialismus zu beharren, im eigenen Interesse
Deutschlands „Kraft“, d. h. den Nationalsozialismus, zu fördern,
weil Frankreich nur so einen brauchbaren Verbündeten in ihrer
europäischen Politik bekommen wird. Verbündet gegen die
Sowjetunion. Das ist Hitlers „drittes Reich“!

Landbund gegen Bauern und Arbeiter

Bankrott der Agrarpolitik der Grünen Front / Raubzug der Großagrarier

Der Reichslandbund hielt am 13. d. M. in Heidelberg seinen
Vertretung ab, der insofern von Interesse ist, als er den Bank-
rott der Agrarpolitik der Grünen Front einräumt und den
Willen der Großagrarier zur verschärften Fortsetzung der Aus-
hungierung der Massen andererseits dokumentiert. Besonders
herausgehoben zu werden verdient, daß der unter politischer
Führung von Hugenberg und Hitler stehende Reichslandbund
es nicht einmal in seiner Entschlossenheit wagte, die Aufhebung der
Tribunalen zu fordern, sondern nur ein „Anpassen der Tribu-
tals“ vorschlug.

Vorher hat der Landbund als Ausweg aus der Agrarkrise
neben hohen Getreide-, Futtermittel- und Kartoffelpreisen die
Umstellung der Großlandwirtschaft auf Veredelungsproduktion
geplant. Auf der Heidelberger Tagung mußte jedoch einer der
Referenten, das Präsidiumsmitglied Berge, erklären, daß sich
„eine Milchschwemme, eine Butter- und Fleischüberproduktion“,
neben der „Kroggen- und Kartoffelüberproduktion“ ergeben müßte,
wenn mit der Umstellung auf Veredelungsproduktion fortgefahren
würde. Die „Veredelungswirtschaft“ komme in sich selbst zum
Ersticken“. Tatsächlich lehnen wir bereits, daß die häusliche Vieh-
wirtschaft am Erstickenden ist, der Bauer seine wenigen überflüssigen
Produkte teils nicht mehr absetzen kann. Ursache? Die häuslichen
Massen, deren Einkommen in den letzten 2 Jahren um rund acht
Milliarden Mark gekürzt wurden, können die Produkte nicht
mehr kaufen, ihr Hungerdasein ist eine der Hauptursachen der
tiefen Agrarkrise. Der verengte Markt wird andererseits von der
großagrarischen Veredelungswirtschaft beherrscht, mehr und mehr
wird der Bauer an die Wand gedrückt.

Was aber fordert nun die Vertretung des Reichsland-
bundes angesichts dieser Tatsachen? Seine Entschlossenheit ver-
langt weitere Erhöhung der Zölle für die Veredelungswirtschaft
(besonders des Butterzölles), höhere Preise für Getreide, noch
weitergehenden Abbau der Sozialpolitik als es die Reininge
Rechtsverordnung durchführt, und ferner noch stärkere Lohn-
senkung. Die Hauptursache der Krise und des Ruins der häus-
lichen Wirtschaft, die Not der Arbeiterklasse, soll also vermehrt,
verzehrt werden. Gleichzeitig werden höhere Zölle für die Ver-
edelungswirtschaft den Großagrarier neuen Ansporn zur Um-
stellung auf Viehwirtschaft und damit verschärfte Konkurrenz
gegenüber der häuslichen Wirtschaft geben.

Zur Durchführung des verschärften Hungerriegels gegen die
Arbeiter und Angehörigen, gegen den häuslichen Mittel-
stand, zur völligen Ruinierung der wertvollen Bauernschaft zuff

der von den Nationalsozialisten und Nationalsozialisten geführte
Reichslandbund noch „entschlossen und zur zottenden Zeit der
rechten Männer“. Hugenberg und Hitler genießen das Ver-
trauen der nationalsozialistischen Junker, sie sollen in brutaler Form den
Hungerriegel durchzuführen.

Der Reichslandbund und damit Hitler und Hugenberg weh-
angelichts der tiefen Krise keinen anderen Weg als eine noch
brutalere Durchführung der Hungerpolitik Brüning, die von
Sozialdemokratie und Nazis unterstützt wird, gegenüber den zu-
beachtenden Massen in Stadt und Land.

Wenn die Kommunistische Partei zeigt durch ihr Programm
der nationalen und sozialen Befreiung, durch ihr Bauernhilfs-
und ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm den Massen einen Aus-
weg aus Armut, Not, Untergang! Die wertvolle Bauernschaft
muss gegen die sozialistische Politik des Reichslandbundes, der
Brüning-Schicksalsregierung entschiedene Stellung nehmen und es
der Seite des Proletariats für Vermittlung des Bauern-
Hilfsprogramms der SPD kämpfen.

Uebertritt vom Landbund zur SPD

Der unter der württembergischen Bauernschaft sehr be-
kannte Agitator des dortigen Landbundes, Landwirt
Hans Wiedenmann aus Söndelfingen bei
Reutlingen trat mit folgender Erklärung zur SPD
über:

„Angeichts der heutigen Wirtschaftslage, besonders der Lage
der Bauern, angesichts der politischen Entwicklung, erkenne
auch ich, daß nur der Kommunismus für uns die einzige Aus-
sicht bedeutet. Mit dem heutigen Tage trete ich ein in die
Kommunistische Partei.“

Die Reichsregierung wirt den Großagrarier und besonders
den Junkern in Sippen unsere Stuergrößen in der
Nachen. Ueberhaupt sind die ganzen Zustände in Deutschland
für den hilflosen Bauer unerträglich geworden. Darum stellt
ich mich gern an die Spitze der Bauern, unter Führung der
SPD, denn mein einziger Wille ist es, den Bauern und allen
Schaffenden zu helfen, Not und Elend zu überwinden, Brot
und Freiheit zu erkämpfen.“

Mögen die Kleinbauern in ganz Deutschland diesem
Ruf folgen!

Die Lohnräuber werden immer frecher

Essen, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Lage im Ruhrgebiet hat sich verschärft. Nachdem die
Unternehmer bisher einen Lohnabbau von etwa 10 Prozent ver-
langten, erheben sie nunmehr eine Forderung von 20 bis 25
Prozent Lohnraub (!). Außerdem soll der Kreis der sogenann-
ten Randgehenden, deren Lohn ungefähr um 8 bis 10 Prozent
niedriger ist als der der übrigen Arbeiter, bedeutend erweitert
werden, so daß ein Lohnraub von 25 bis 30 Prozent zustande
kommt, falls die Unternehmer ihre Forderung durchsetzen könn-
ten. Die Forderungen der Unternehmer sind derzeit unerschämmt,
daß auch die zu jedem Augenblick bereits reformistische Ver-
handlungsstände diese, allerdings zum Schein, ablehnt. Die Ver-
handlungen wurden abgebrochen und sind bis zum 20. Juni
vertagt.

Der Stahlhelm „verboten“ — für ganze 2 Ausgaben.

Der Berliner Polizeipräsident hat die Zeitung „Der Stahl-
helm“, das Organ des Stahlhelmverbandes, bis einschließlich 28.
Juni verboten, weil sie den Reichsfiskus und Reichsfinanzmini-
ster belächelt und verächtlich gemacht hat. Dieses Verbot ist
trotzdem während revolutionärer Tageszeitungen auf Grund Ge-
richtsurteile auf Wochen verboten worden, verbietet der sozialde-
mokratische Polizeipräsident die sozialistische Wochenzeitung „Der
Stahlhelm“ nur bis zum 28. Juni, das heißt, genau!

Hungerstreik des Genossen Mehlis

Kassel, den 16. Juni.

Der Genosse Mehlis, der nach den Behauptungen der
Polizei den Polizeimeister Kohlmann erschossen haben soll,
befindet sich bereits seit dem Tage seiner Verhaftung im Hunger-
streik und liegt jetzt schwer daneben, daß Gefahr für sein
Leben besteht. Sofortige Freilassung des Genossen Mehlis ist
notwendig. Es wird niemand zu dem Genossen gelangen.

Auf der Redaktion unseres Kasseler Arbeiterblattes wies
sich fortwährend Zeugen, die bekunden, daß der Wachmeister
Kohlmann sich selbst durch die ungeschickte Handhabung seiner
Wohle in den Raum geschossen hat. Es wurde festgestellt, daß
Genosse Mehlis an diesem Morgen überhaupt nicht in der Stadt
gewesen ist.

Kleiner Belagerungszustand in Darmstadt

Nach einer großen Solidaritätskundgebung in Darmstadt
schlossen sich die Arbeiter zu einer Demonstrationsschau an.
Die Polizei versuchte die Demonstration auszulösen, wozu es
zu heftigen Zusammenstößen kam, in deren Verlauf ein Oberwach-
meister und ein anderer Polizeibeamter verletzt wurden. Nur durch
den Einsatz großer Polizeikräfte gelang es, den Zug auseinander-
zuzulassen. Der Polizeipräsident von Darmstadt erließ eine
Verbot für alle Kundgebungen, Versammlungen, Aufmärsche aller
revolutionären Organisationen sowie der Gewerkschaften für nahe-
kommende Zeit.

Zentrum für Hungerverordnung

Hildesheim, 15. Juni. (Eig. Draht.)

In Hildesheim hielt die Zentrumsfraktion des Reichstages
und der Vorstand der Zentrumspartei eine Beratung über die
politische Lage ab. Reichsanwalt Brüning und Reichsstaatsanwaltschaft
Hilf Stierwald gab einen Bericht über ihre Tätigkeit. In
der Sitzung gab einen Bericht über ihre Tätigkeit. In
einer Entscheidung die einstimmig angenommen wurde, jedoch der
Vorstand der Zentrumspartei und die Zentrumskommunisten
Reichstages sich trotz inbegriffener Heuchelei ihre Stellung offen-
barend für die Hungerverordnung und gegen die Einberufung
des Reichstages aus.

Verantwortlich für Inhalte: Otto Böckel, Dresden; die Partei mit Redaktion
der Arbeiterzeitung, Berlin; Schwerfeld, Götting; Kossel und Arbeiterzeitung
Kassel; Kossel, Posen; die Zeitung „Der Arbeiter“, Berlin; für Arbeiter
und Reporter: Otto Böckel, Berlin; für Arbeiter: Wilhelm Schwab, Dresden;
für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft u. a. d. S. 2.